

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 37 Amt Dönhofs 202 bis 207
Telegrammbezeichnung: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 10 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe Morgenausgabe

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Gleichberechtigung

Die Konkordienformel von Genf

In Genf ist die sogenannte Fünfmächtekonferenz, die Deutschlands Rückkehr zur Abrüstungskonferenz ermöglichen sollte, zu einem befriedigenden Abschluß gekommen. Papen hatte die Abrüstungskonferenz verlassen, weil sie nicht von vornherein Deutschlands Gleichberechtigung in der von Deutschland gewünschten Eindeutigkeit anerkennen wollte. Schleicher kehrt nun zurück, nachdem eine den deutschen Wünschen genügende Gleichberechtigungsformel gefunden worden ist.

Wir Sozialdemokraten sind selbstverständlich für Gleichberechtigung, und wir sind ebenso selbstverständlich für Deutschlands Rückkehr zur Abrüstungskonferenz. Das Ergebnis der Fünfmächtekonferenz kann uns darum nur willkommen sein. Jede Verminderung der internationalen Spannungen, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich, erschwert das Handwerk der nationalitätstypischen Völkerverhegung und wird deshalb von uns begrüßt.

Eine andere Frage ist es, ob das Siegesgeschick berechtigt ist, das die Schleicher-Presse über das Ergebnis der Fünfmächtekonferenz anstimmt. Früher wurde von Frankreich die Gleichberechtigung als „Ziel“ der Abrüstungskonferenz anerkannt. Wenn man jetzt dazu gekommen ist, sie als „Grundsatz“ zu respektieren, so ist der Unterschied vielleicht doch nicht ganz so groß, wie manche Offizielle es wahrhaben wollen. Unbedingt falsch ist es, wenn Uebereifrige die Dinge so darstellen, als ob Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten jetzt schon aller besonderen Vertragspflichten ledig wären und rüsten könnten, wie sie wollen. An dem geltenden Völkerrecht hat die Fünfmächtekonferenz nichts geändert, sie hat nur für die Abrüstungskonferenz Ziele aufgestellt und Grundsätze entwickelt. Einstweilen bleibt es, wie es bisher gewesen: Zu einer ernstlichen Aufrüstung fehlt dem einen das Geld und den anderen fehlt jede Lust, aus geringen Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Abrüstungsbestimmungen einen großen Konflikt zu machen.

Ueber die Bedeutung der Beschlüsse der Fünfmächtekonferenz wird man sich nun auf der Abrüstungskonferenz ausführlich unterhalten können, insbesondere über die Frage, wie die von Deutschland verlangte unbedingte „Gleichberechtigung“ mit der „Sicherheit“, die Frankreichs Herzenswunsch ist, vereinbart werden kann. Es ist in Aussicht genommen, den Kriegsverzicht der Vertragsteilnehmer noch einmal feierlich zu bekräftigen — aber dieser Kriegsverzicht ist schon so oft erklärt worden, daß eine Wiederholung nicht mehr als Bekräftigung wirken kann. Mit allgemeinen Formeln ist auf diesem Gebiet ein Fortschritt überhaupt nicht möglich; erst wenn die Verhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich so geordnet sein werden, daß jeder Gedanke an Krieg auf beiden Seiten völlig verschwunden ist, erst dann wird ein neuer entscheidender Schritt zur Sicherung des Friedens getan sein.

Das ist das Ziel der Sozialisten haben und drüben. Der Frieden wird nicht durch beschriebenes Papier gesichert, sondern nur durch den Geist des demokratischen Sozialismus.

Auswärtiger Ausschuß. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags, Abg. Dr. Fried hat den Ausschuß für Freitag, den 16. d. M., einberufen. Auf der Tagesordnung der Sitzung steht ein Bericht des Reichsaussenministers über die außenpolitische Lage.

Politische Einigung in Genf

Gleichberechtigung — Abrüstung — Revision des Vertrages

Am Sonntagmittag ist die Fünfmächtekonferenz in Genf mit der Unterzeichnung einer Schlusserklärung beendet worden. In der Erklärung wird die Gleichberechtigungs- und Sicherheitsfrage geregelt, so daß Deutschland sofort in die Abrüstungskonferenz zurückkehrt. Der deutsche Text der Vereinbarungen hat folgenden Wortlaut:

1. Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, Frankreichs und Italiens haben erklärt, daß einer der Grundsätze, die die Konferenz leiten sollen, darin bestehen muß, Deutschland und den anderen durch Vertrag abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet, und daß dieser Grundsatz in dem Abkommen, das die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz enthält, verkörpert werden soll.

Diese Erklärung schließt in sich, daß die Abrüstungsbeschränkungen für alle Staaten in dem in Aussicht genommenen Abrüstungsabkommen enthalten sein müssen. Es breitet Einigkeit darüber, daß die Art und Weise der Anwendung dieser Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden wird.

2. Auf der Grundlage dieser Erklärung hat Deutschland seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, an der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen.

3. Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, Frankreichs, Deutschlands und Italiens sind bereit, gemeinsam mit allen anderen europäischen Staaten feierlich noch einmal zu bestätigen, daß

sie unter keinen Umständen versuchen werden, gegenwärtige oder künftige Streitfragen zwischen den Unterzeichnern mit Gewalt zu lösen. Dies soll einer näheren Erörterung der Frage der Sicherheit nicht vorgreifen.

4. Die fünf Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches, Frankreichs, Deutschlands und Italiens erklären, daß sie entschlossen sind, auf der Konferenz gemeinsam mit den anderen dort vertretenen Staaten daran hinzuwirken, daß unverzüglich ein Abkommen ausgearbeitet wird, das eine wesentliche Herabsetzung und eine Begrenzung der Rüstungen herbeiführt und gleichzeitig eine künftige Revision zum Zwecke der weiteren Herabsetzung vorsieht.

Genf, den 11. Dezember 1932.
vz.: J. Ramsay MacDonald, Vorsitzender, Norman S. Davis, John Simon, J. P. Boncour, C. von Neurath, Aloisi.

Schleicher-Kabinetten einverstanden

Die Reichsregierung hatte in den frühen Morgenstunden des Sonntags dem in Genf weilenden Reichsaussenminister mitgeteilt, daß das Kabinetten die am Sonnabend in der Vorgesprächung der fünf Großmächte ausgearbeitete neue Regelung für die Gleichberechtigungsfrage annimmt und damit Deutschlands Rückkehr in die Abrüstungskonferenz erklärt.

Frankreich einverstanden

Aus Paris verläutet, daß das französische Kabinetten ebenfalls vor Unterzeichnung der

Genfer Schlusserklärung sein Einverständnis zum Ausdruck gebracht hat. Ebenso wie Neurath mit seiner Regierung hatte der französische Delegierte mit Herriot vor der Unterzeichnung eine lange telephonische Unterhaltung.

Sozialistische Offenheit

Paris, 12. Dezember.
Zu der Genfer Einigung findet der sozialistische „Populaire“ es bedauerlich, daß der Wortlaut der gemeinsamen Erklärung auf die „Sicherheit“ hinweist, hinter der sich der französische Plan versteckt. Dieser Plan sei jedoch nicht geeignet, die Abrüstungsarbeiten zu fördern; es sei im Gegenteil zu befürchten, daß er ein unüberwindliches Hindernis für jeden ernstlichen Versuch einer Abrüstung darstelle. Man dürfe jedoch die Hoffnung nicht aufgeben, daß bis zum Beginn der Abrüstungsbesprechungen die Regierung Herriot derjenigen, die ihr folgen werde, endlich zu versichern beginne, daß die wahre Sicherheit nur in der allgemeinen und kontrollierten Abrüstung bestehe.

Polen beunruhigt

Warschau, 12. Dezember.
Die gesamte polnische Presse bringt lange Meldungen aus Genf, in denen festgestellt wird, daß Deutschland die Gleichberechtigung errungen hat. „Kurjer Warszawski“ unterstreicht, daß die Gleichberechtigung Deutschland in einer vollkommen konkreten und definitiven Form zugesprochen worden sei, während die Sicherheitsfrage erst in einem gemeinsamen System berichtigt werden soll, das in der kommenden Abrüstungskonvention Ausdruck finden werde. Darin liege ein entschiedenes Zugeständnis zugunsten der deutschen These. Herr von Neurath — so schließt das Blatt — habe in Genf einen vollen Erfolg davongetragen.

Pariser Krise

Schuldenfalle für Herriot

Paris, 12. Dezember.
Bisher ist in Frankreich eine Einigung zwischen Regierung und Parlament über die Frage der Schuldzahlung an Amerika nicht zustande gekommen. Der Ministerrat ist zu Beschlüssen gelangt, die den von den Kammerausschüssen gestellten ultimativen Forderungen nicht entsprechen. Unter diesen Umständen kann die Kammerdebatten am Montag einen sehr ernsten Verlauf nehmen, und es besteht die Möglichkeit, daß sie mit dem Rücktritt des Kabinetts Herriot endet.

Genf treibt Kurse hoch

Fester Aktien- und Rentenmarkt

Die Einigung in Genf hatte zum Wochenbeginn eine sehr feste Börsenstimmung hervorgerufen. Sowohl auf dem Aktien- wie auch auf dem Rentenmarkt waren durchweg Kurssteigerungen zu verzeichnen. Auch die Tatsache, daß England und Frankreich am 15. Dezember die fälligen Kriegsschuldenraten zahlen werden und daß damit für eine künftige Kriegsschuldenkonferenz gewisse Vorbedingungen erfüllt sind, wirkten anregend.

Auf dem Aktienmarkt fiel besonders die Kurssteigerung bei den „schweren Werten“ ins Gewicht. 30-Jarben konnten ihren Kursstand von 97 1/2 bis auf 99 erhöhen, der Siemens-Kurs sprang um 4 Punkte von 121 1/2 auf 125 1/2. Auch Rentenwerte waren bei steigenden Kursen gefragt. Harpener Bergbau hörte man um 1/2 Uhr mit 85 gegen 83 1/2; auch Mannesmann und Welfenkirchen lagen fest.

Am Rentenmarkt herrschte gleichfalls eine recht freundliche Tendenz vor, wobei auch neue Publikationsaufträge in Erscheinung traten. Im Durchschnitt erhöhten sich die Kurse der festverzinslichen Werte um etwa ein halbes Prozent.



Die Internationale in Berlin

Im Parteihaus der deutschen Sozialdemokratie in Berlin begann Sonntag eine auf zwei Tage anberaumte Beratung des Büros der Sozialistischen Arbeiter-Internationale unter dem Vorsitz von de Brouckere (Belgien), der den an der Teilnahme an der Sitzung verhinderten ständigen Vorsitzenden Vonderweide ersetzte. An der Sitzung nahmen teil: de Brouckere (Belgien), Andersen (Dänemark), Breitscheid, Crispian, Hilferding, Wels (Deutschland), Bum (Frankreich), Gillies (Großbritannien), Wibaut (Holland), Bauer (Österreich), Abramowitsch (Rußland), Grimm (Schweiz), Soukup (Tschekoslowakei), van Roosbroeck als Kassierer (Belgien), Adler als Sekretär (Zürich).

In der Sonntagssitzung wurde eine Generaldebatte über die allgemeine politische Lage geführt,

an der fast alle Mitglieder des Büros teilnahmen. Die Debatte betraf insbesondere die Probleme der Abrüstungskonferenz und des französischen Abrüstungsplans.

Es wurde beschlossen, mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Verbindung zu treten, um die Gemeinsame Abrüstungskommission zu einem möglichst nahen Termin zu einer Tagung einzuberufen.

Blum und Gillies erstatteten Bericht über die Frage der interalliierten Kriegsschulden. Breitscheid und Bauer legten die politische Lage in Deutschland und Österreich dar. Wibaut gab einige Anregungen über wirtschaftspolitische Fragen.

Die Beratung wird heute zu Ende geführt.

